

Freihandelsabkommen TTIP

Transatlantic Trade and Investment Partnership

Unser Minister Sigmar Gabriel



Die Transatlantische Handels- und Investitionspartnerschaft (TTIP) soll Vorschriften und Regeln in der Wirtschaft Europas und der USA langfristig so gestalten, dass sie besser zusammenpassen. Bei den Verhandlungen geht es darum, Zölle und andere Handelsbarrieren im transatlantischen Handel zwischen der Europäischen Union (EU) und den Vereinigten Staaten von Amerika (USA) abzubauen.

Ziel ist eine stärkere Öffnung der Märkte auf beiden Seiten des Atlantiks. Zudem sollen Einschränkungen für kommerzielle Dienstleistungen verringert, Investitionssicherheit und Wettbewerbsgleichheit verbessert und der Zugang zu öffentlichen Aufträgen auf allen staatlichen Ebenen vereinfacht werden.

Wesentliche Elemente von TTIP

Rechtsicherheit und Investitionsschutz

Rechtssicherheit für Unternehmen verständlich. Bisher durch **Hermes Kreditversicherungen** abgedeckt.

Hintergrund aber ist, die **Regierungen verklagen** zu können, wenn deren Politik/Gesetze Gewinneinbußen bringen.



Aushebeln nationaler Gesetze

Wenn Staat Umweltgesetze verschärft oder strengere Arbeitsschutzregeln einführt kann ein Unternehmen die Regierung verklagen.

Um dies zu erleichtern, sind nicht nationale Gerichte zuständig, sondern spezielle **Streitschlichtungskammern**.

Entmachtung der Parlamente

US-Konzern Eli Lilly verklagt z.Z. Kanada auf Schadenersatz, weil die Regierung ein Medikament als nutzlos eingestuft hat.

Philip Morris verklagt Australien wegen möglichen Gewinnverlusten, weil die Regierung 2011 dem Tabakkonzern genau vorgeschrieben hatte, in welcher Form Aufschriften auf Zigarettenpackungen vor Gesundheitsgefahren warnen müssen.

Harmonisierung von Vorschriften

Vorteil, wenn auf höchstem Schutzniveau

unrealistisch und nicht gewollt

Gravierende Unterschiede zwischen amerikanischen und europäischen Standards

Europa: Vorsorgeprinzip

Wenn nicht sicher ist, dass Verfahren oder Stoffe gefährlich sind, werden sie verboten

Amerika: Risikoprinzip

Solange nicht zweifelsfrei nachgewiesen ist, dass Stoffe oder Verfahren schaden, sind sie erlaubt

Harmonisierung: am Beispiel Chlorhuhn



a) Chlorhuhn **wird erlaubt** - Schutzniveau Europas sinkt

b) Chlorhuhn **wird nicht erlaubt** - USA müssen ihre Vorschriften ändern - Niemals

c) Man einigt sich auf eine gegenseitige Anerkennung

Folge **Absenkung des europ. Standards** aufgrund des Verkaufsdrucks auf heimische Anbieter

Abbau von Regeln und Subventionen

Viele sinnvolle Auflagen sind der Wirtschaft ein Dorn im Auge

Im technischen und Normen-Bereich wären Anpassungen sinnvoll und vorteilhaft



Dafür ist aber kein Freihandelsabkommen nötig.



Fragen

- Warum darf die Öffentlichkeit nichts erfahren?
- Warum erfahren Regierungsvertreter nur das Wesentliche?
- Warum aber haben ca. 600 Berater von Großkonzernen privilegierten Zugang zu den Dokumenten?
- Warum werden künftige Gesetze (EU) erst nach einer "regulatorischen Kooperation" mit der US-Regierung und Vertretern großer Unternehmen festgelegt?
- Warum mussten diese Fragen durch eine Nichtregierungsorganisation aufgedeckt werden, und nicht durch unsere Politiker?

Forderungen



- Keine Abkommen ohne Parlament und Bürger
- Demokratie und Standards wahren
- Nur wir bzw. unsere Politiker bestimmen über unsere Gesetze

Wir wollen eine gerechte, ökologische, demokratisch organisierte Weltwirtschaft



Ortsgruppe Adelsdorf